

Enztal-Blatt

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen.
Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich;
durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr M. 3.30,
im sonst inländischen Verkehr M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellg.
Anzeigenpreis: die einspaltige Pettzeile oder deren
Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Kettamezellen
50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 109, Fernsprecher Nr. 93.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei u. Buchhandlung; Schrift: T. H. G. & C., beide in Wildbad.

Nr. 208

Montag, den 15. September 1919

Jahrgang 53

Herr über das Reid.

Diese zerkündernde Zeit ist doch wieder auf vielfache Art eine solche, die nähere Vereinigung stiftet unter denen, welche sich angehören, und eine Zeit, wo sich jede innere Tüchtigkeit und jede Kraft der Liebe mehr als sonst offenbaren kann.

Scheidemann.

Scheidemann über die Lage.

Maffel, 11. Sept.

In einer Volksversammlung hielt, wie W. B. meldet, der frühere Ministerpräsident Scheidemann eine Rede, in der er auf die Vorwürfe zu sprechen kam, die ihm wegen seiner Haltung in der Friedensfrage gemacht wurden. Er wies den Vorwurf, ein Kriegsverlängerer gewesen zu sein, zurück. Seine ablehnende Haltung in der Unterzeichnungsfrage sei durch sein Bekennen als Ministerpräsident in dieser Frage gegeben gewesen. Er habe nur die Folgerung daraus gezogen und diese widerlege auch einen zweiten Vorwurf, den der Gewinnucht, da er nicht an dem eintagsreichen Ministerposten geklebt habe.

An das Sterbebett des alten Deutschland berufen, habe die Novemberrevolution die Sozialdemokratie die führende Stellung verliehen. Die Wahlen des Jahres hätten allerdings die absolute Mehrheit ihr nicht gegeben. Zur Zeit werde die Regierung nur noch von Sozialdemokraten und Zentrum gebildet; sie könnte nur aus Sozialdemokraten und Demokraten bestehen, aber nie könnte in der Regierung die Sozialdemokratie fehlen.

Redner befaßt sich dann mit den Gefahren, die von rechts und links drohen. Eine Regierung von rechts bedeute die Monarchie, die von links die Rätediktatur. Den Monarchisten sollte der Gehalt ihres bisherigen Lebens nicht genommen werden. Es sei aber von ihnen zu verlangen, daß sie sich nicht in Gegensatz stellen zu den lebendigen Interessen ihres Volks und nicht einen neuen Krieg heraufbeschwören. Genau so wenig wie früher in Frankreich würde hier in Deutschland der Versuch, die Monarchie wieder aufzurichten, glücken. Es bestehe die Gefahr, daß nach dem schicksalhaften Versuch mit Ungarn in Russland durch die Entente mit der Wiederanrichtung der Monarchie ein Anfang gemacht werde, wo der bolschewistische Wahnwitz den Boden für jede Reaktion so trefflich bereitet habe. Wir aber wollen uns geloben, daß Deutschland eine Republik bleiben soll. Die Novemberrevolution ist mit den Vertretern des alten Regimes so großmütig verfahren, wie nie eine Revolution zuvor. Man hätte sich, diese Großmut auf die Probe zu stellen. Die schon von Sübelan zurückgewiesene Nachricht von der Abfindung des früheren Kaisers mit 170 Millionen Mark sei falsch. Eine Regierung, die eine solche Abfindung begehen und diesem erledigten Monarchen 170 Millionen auszahlen wolle, während dem Volk die juchendsten Laster aufgebauet werden, wäre erwidrig.

Sobald kam Scheidemann auf den Fall Oberst Reinhardt zu sprechen (nicht zu verwechseln mit dem Kriegsminister Reinhardt, D. Ehr.). Dessen abfällige Äußerungen über die Regierung und seine monarchistische Gesinnung seien erwiesen. Es dränge sich da die Frage auf: Hat die Regierung nicht die Macht, diesen Mann von seinem Posten zu entfernen? Sonst verführe Herr Reinhardt über die militärische Macht, Rosse befäße dann nur eine papierene Volksmacht. Das bequemste Mittel für reaktionäre Zwecke sei stets der Antisemitismus gewesen und sei es auch diesmal wieder. Hier heiße es: „Widerstrebe den Anfängen“. Die Gefahr von rechts sei groß; ihr Name sei Reinhardt.

Bedeutete die Regierung von rechts Bürgerkrieg zur Wiedererrichtung der Monarchie, so die von links Rätediktatur und abermals Bürgerkrieg. In Russland herrsche Despotie einiger Parteiführer, ein System, das sich die deutsche Arbeiterklasse keine 14 Tage lang gefallen ließe. Was die Unabhängigen positiv tun würden, wenn sie an der Regierung wären, weiß ich nicht und möchte ich gern wissen. Sie haben bisher es immer so

dargestellt, als ob die Frage der Einigkeit des Proletariats eine Frage der Führer wäre.

Eine große Rolle dabei spielten immer die Namen Landsberg und Scheidemann. Man sie erst verschwunden sein würden, würde die Sache viel besser gehen. „Landsberg und ich sind fort. Nun fallen die Unabhängigen über meinen Freund Bauer her. Möge man wen immer an Bauers, an Eberts, an Noskes Stelle setzen, immer werden sie das Geschrei der Unabhängigen von arbeiterverräterischer Regierung wieder hören. Es handelt sich hier nicht um eine Führerfrage. Wiedergenehung und Wiederaufrichtung können sich nur in Jahrzehnten vollziehen. Der Sozialismus kann auch nur allmählich helfen und darf keine Pferdefurten veranstalten. Was die Unabhängigen und Kommunisten predigen, ist nicht Sozialismus; denn es ist nicht Wissenschaft, sondern Aberglaube. Infolge dessen sieht es mit der Einigkeit des deutschen Volks noch recht trübe aus.

Wir Sozialdemokraten sind Regierungspartei geworden. Wir müssen regieren in den Formen parlamentarischer Demokratie. Wir können die Leiden und Folgen des Kriegs und des unglücklichen Friedensvertrags nicht beseitigen, sondern nur allmählich lindern. Ich könnte als Minister a. D. als Befehlshaber ebenfalls in der U.S.P. aufgenommen werden, und wenn ich tüchtig schimpfte, wäre ich dann des Bestalls sicher. Das zu tun, daran hindert mich aber meine bessere Einsicht und mein Gewissen gegenüber der Arbeiterklasse.

Der Friedensvertrag hat uns zu einem Sklavenvolk und im eigenen Lande rechtlos gemacht. Einen solchen Vertrag wollte ich nicht unterzeichnen. Die Frage der Unterzeichnung der Friedensbedingungen war vielleicht nicht weniger verhängnisvoll als die Frage der Bewilligung der Kriegskredite. Ein Teil der Fraktion, zu dem ich gehörte, war der Meinung, daß dieser Vertrag nicht unterzeichnet werden dürfe, und erhoffte — wie ich sagen darf — auf Grund sehr wichtiger Berichte aus dem Ausland, daß einige Wochen der Weigerung genügen würden, um eine gründliche Revision des Vertrags durchzuführen! Als Parteigenosse in Reich und Glied riete ich an die Arbeiter die Aufforderung unserer Partei in guten und bösen Tagen die Treue zu wahren und unseren Genossen in der Regierung ihr Amt nicht unnötig zu erschweren. Damit soll die Kritik nicht ausgeschaltet werden.

Durch das Ausscheiden der Demokraten hat sich die parlamentarische Grundlage der Regierung verengert. Ich halte die gegenwärtige Parteienkonstellation weder für glücklich, noch für dauerhaft. Wenn wir schon nicht allein regieren können, sondern auf die Mithilfe der bürgerlichen Parteien angewiesen sind, so halte ich es für gut, wenn zwei bürgerliche Parteien vorhanden sind, die sich in gewissen Fragen gegenseitig die Waage halten. Der Austritt der Demokratie aus der Regierung war auch kein Glück für diese Partei selbst, da so ihr rechter kapitalistischer Flügel mehr Einfluß gewinnen muß. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch aussprechen, wie tief wir den Tod des Vorigen der demokratischen Partei, des Abgeordneten Kaumann, bedauern, dessen edle soziale Gesinnung — bei allem, was uns voneinander trennte — jovicl dazu beigetragen hat, ein Zusammenarbeiten der beiden Parteien zu erleichtern. Wir wollen hoffen, daß dieses Zusammenarbeiten, solange es notwendig ist, auch weiterhin möglich sein wird.

In diesem Sinne glauben wir, daß sich immer schärfer ausgeschaltet wird die Diktatur des Proletariats, vielleicht durch die Demokratie! Denn das spreche ich offen aus: ein Ideal ist die gegenwärtige Notwendigkeit des Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien nicht. Unser Ideal ist — das spreche ich wiederholt aus — die Einigung der Arbeiterklassen unter den Fahnen der Demokratie und des Sozialismus!

Ich glaube an eine bessere Zukunft unseres Volks; ich glaube, daß unserer Partei die Aufgabe zugefallen ist, es dieser besseren Zukunft näher zu bringen. Wir verlangen nichts, nicht die Erweiterung, nicht den Sozialismus und auch nicht unter demokratisches Programm! Arbeiterklasse, Sozialismus, Demokratie, das ist für uns die unerwiderliche Dreieit, das ist das Reich, das wir wieder aufbauen wollen.

An die Rede Scheidemanns schloß sich eine längere Diskussion, in der sich ein starker Anhang der Unabhängigen bemerkbar machte.

Der Rückversicherungsvertrag.

Eines der großen Werke des ersten Reichskanzlers, des Fürsten Bismarck, war der Vertrag, den er am 18. Juni 1887 mit Russland schloß. Der Vertrag hatte den Zweck, den beiden Reichen die Rückenbedeckung zu sichern und wurde daher der „Deutsch-russische Rückversicherungsvertrag“ genannt. Bekanntlich war es eine der ersten verfehlten Handlungen der Regierung des jungen Kaisers Wilhelm II. und seines wohl ehrlichen, aber der Aufgabe in keiner Weise gewachsenen zweiten Kanzlers Caprivi, diesen Rückversicherungsvertrag zu kündigen, weil er, wie Caprivi meinte, „zu kompliziert“ sei. Fürst Bismarck war über das Beginnen, gerade das Werk zu zerstören, durch das er die Zukunft des Reichs hatte sicher stellen wollen, aufs äußerste empört und die Spannung zwischen ihm und dem Kaiser erreichte einen solchen Grad, daß befohlen wurde, dem alten Reichskanzler den Prozeß zu machen. Glücklicherweise kam der Auftrag nicht zur Ausführung. Aber was geschehen war, konnte nicht leicht rückgängig gemacht werden. Von der Zeit an setzte sich ein Mißtrauen gegen die deutsche Politik in Russland fest und es geriet in die Bahnen der französisch-englischen Politik. Die Folgen davon sind ja nun nur allzu deutlich geworden. Wäre die von Bismarck eingeleitete äußere Politik weiter verfolgt worden, so hätte es keinen Weltkrieg und für Deutschland keinen Zusammenbruch gegeben. — Der Vertrag war bisher im einzelnen nicht bekannt. Nun wird er von der „Deutschen Allg. Ztg.“ veröffentlicht. Er besagt:

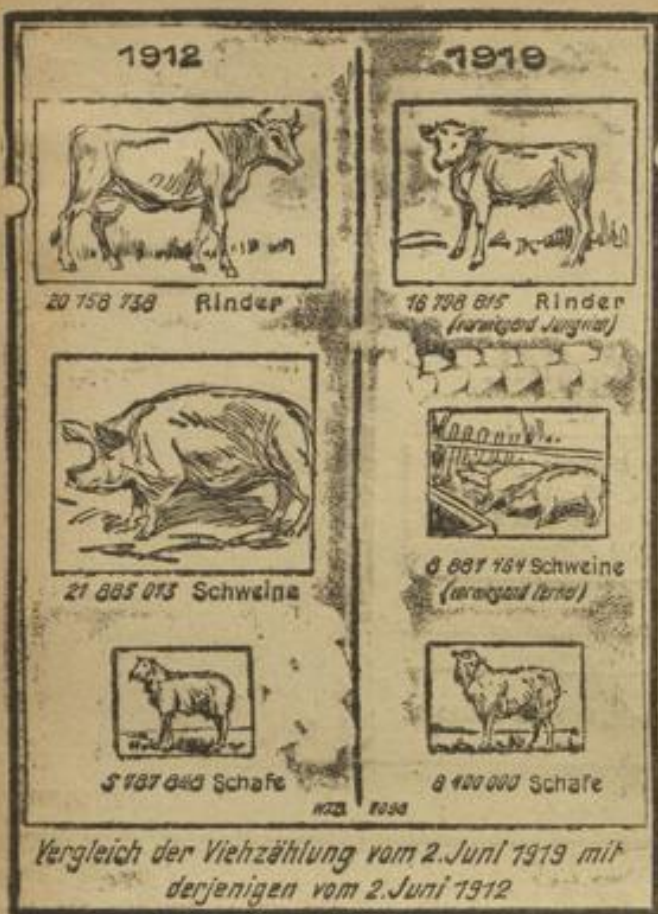
Artikel 1. Für den Fall, daß eine der hohen vertragsschließenden Teile sich mit einer dritten Großmacht im Kriege befinden sollte, wird der andere eine wohlwollende Neutralität bewahren und seine Sorge darauf richten, den Streit zu lokalisieren. Diese Bestimmung soll auf einen Krieg mit Österreich und Frankreich keine Anwendung finden, wenn dieser Krieg durch einen Angriff eines der hohen vertragsschließenden Teile gegen diese beiden Mächte hervorgerufen ist.

Artikel 2. Deutschland erkennt die geschichtlich erworbenen Rechte Russlands auf der Balkanhalbinsel an, insbesondere die Rechtmäßigkeit seines vorwiegenden und entscheidenden Einflusses in Bulgarien und Ostrumelien.

Hierüber ist noch ein geheimes Zusatzprotokoll gemacht worden, worin es u. a. heißt: Deutschland wird wie bisher Russland beistehen, um in Bulgarien eine geordnete und geschäftige Regierung wieder heranzustellen. Ferner, für den Fall, daß der Kaiser von Russland sich in die Notwendigkeit versetzt sehen sollte, zur Wahrung der Rechte Russlands selbst die Ausnahme der Verteidigung des Zugangs zum Schwarzen Meer zu übernehmen, verpflichtet sich Deutschland, eine wohlwollende Neutralität zu gewähren und die Maßnahmen, die Sr. Majestät für notwendig halten sollte, um den Schlüssel seines Reichs in der Hand zu behalten, moralisch und diplomatisch zu unterstützen. Die beiden Höfe verpflichteten sich, keine Aenderung des Gebietsstands der genannten Halbinsel ohne vorheriges Einverständnis zuzulassen und sich gegebenenfalls jedem Versuch, diesem Gebietsstande Abbruch zu tun oder ihn ohne ihr Einverständnis anzuhändern, zu widersetzen.

Artikel 3. Die beiden Höfe erkennen den europäischen und gegenseitig bindenden Charakter des Grundsatzes der Schließung der Meerengen des Bosphorus und der Dardanellen an, der begründet ist auf dem Völkerrecht, bestätigt durch Verträge. Sie werden gemeinsam darüber wachen, daß die Türkei keine Aushahmen von der Regel zugunsten der Interessen irgend einer Regierung dadurch macht, daß sie den Teil ihres Reichs, der die Meerengen bildet, für militärische Operationen einer kriegsführenden Macht hergibt. Im Falle einer Verletzung, oder um einer drohenden Verletzung vorzubeugen, werden die beiden Höfe der Türkei erklären, daß sie eintretendenfalls sich als im Kriegszustand gegenüber dem verletzten Teil befinden und die im gegenwärtigen Gebietsstand im Berliner Vertrag vereinbarte Neutralität als verwehrt ansehen.





Neues vom Tage.

Die Kosten der A- und S.-Mäte.

Berlin, 12. Sept. Das Reichsfinanzministerium hat die von der Nationalversammlung verlangte Aufstellung der von den Arbeiter- und Soldaten-Mäten verausgabten Gelder herausgegeben. Die Zusammenstellung, die nur vom November 1918 bis 31. März 1919 reicht, ist nach der Mitteilung des Reichsfinanzministeriums noch unvollständig, da die verlangten Angaben von verschiedenen Seiten nicht gemacht wurden. Die auf das Besatzungsheer entfallenden Kosten belaufen sich auf rund 84, die für das Feldheer auf rund 8 Millionen Mark, zusammen 92 Mill. Mark, davon 37 Mill. Mark Mehrkosten durch höhere Gehaltsätze, Ausgaben für Parteizwecke usw., ferner sind davon etwa 35 Mill. Mark durch widerrechtliche Aneignung und Verschleuderung von Heeresgut enthalten. Dazu kommt der Kostenbetrag bei der Marine mit, soweit festgestellt, 2 172 215 Mark, während der Chef der Admiralität die Kosten auf 10 Mill. Mark veranschlagt. Die bei den Reichsbankstellen größtenteils durch Gewalt erhobenen Summen belaufen sich auf 5 bis 6 Millionen, die den einzelnen Bundesstaaten erwachsenen Kosten, die ebenfalls noch unvollständig erhoben sind, werden mit 22 Millionen beziffert, wovon 19 Millionen auf Preußen entfallen.

Der Sechsstundentag.

Berlin, 12. Sept. Der Ausschuss zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau hat dem Reichsarbeitsministerium den Antrag übermittelt, an alle Mächte heranzutreten wegen Einführung der Sechsstundenschicht im Kohlenbergbau aller Länder. Das Ministerium hat dem Antrag zugestimmt und ihn bei der Reichsregierung beauftragt. Die Sechsstundenschicht soll

Ein flüchtiger Sonnenstrahl.

Eine Erzählung aus dem Leben.

Meine Vaterstadt ist eine Seestadt; sie liegt nicht unmittelbar am Meere, sondern etwa eine Stunde davon, aber ein Flußchen verbindet sie mit der See, und kleinere Schiffe kommen bis an die Stadt. Das Land umher ist eine geeignete Scholle, die von tüchtigen Landwirten kunstgerecht bestellt wird. Von größeren Städten liegt sie ziemlich fernab. Landwirte, Schiffer und Kaufleute bilden den Stamm der Bevölkerung, und jeder dieser Stände hatte seinen Stempel in irgend einer Weise der Stadt aufgedrückt. Am schärfsten und am meisten in die Augen fallend war aber der Kaufmannsstand, wenigstens in den Baulichkeiten, ausgeprägt. Fast in jeder Straße gab es ein großes Kaufmannshaus, mit dem Giebel nach der Straße, im Stile der alten Hansestädte.

Ein solches Haus stand auch in der Knopfsstraße; es war das einzige dieser Art darin und darum desto auffälliger. Schon als kleines Mädchen betrachtete ich das alte düstere Haus mit Scheu und Interesse. Die schmale Giebelfront zeigte vier Fenster und eine eichene Haustür mit messingnenen Klopfern in Form eines Rosses. Zwei alte Linden, welche alljährlich stark beschneitten wurden, um die Zimmer nicht ganz zu verdunkeln, beschatteten die Fenster und die steinernen Ruhestühle, welche von der Haustür bis zu den Lindenstämmen hinliefen. Ein langer Seitenflügel mit sechs bis acht hochgelegenen Fenstern nach der Fährstraße zu wurde von der Morgensonne beschienen. Wie schön blühten an den beiden ersten dieser Fenster, welche nach der Ecke lagen, zu jeder Jahreszeit die herrlichsten Rosen, während hinter den anderen erblindeten Fenstern nur hohe Gefesse, mit Büchern angefüllt, sichtbar waren!

Das Haus gehörte dem Buchhändler Ritus, einem alten hageren Manne mit stets todesloser Toilette, mit glattrasiertem Kinn, weißer Halsbinde und kurzgeschorenem Haar. Selten, vielleicht ein Mal im Jahre, sah man ihn ausgehen. Ein Garten, hinter dem Hause gelegen, diente zu seinen Spaziergängen, die er früh morgens und spät abends unternahm. Sonst sah er den ganzen Tag in dem einem Zimmer nach der Knopfsstraße

am 1. Februar 1920 in Deutschland zur Durchführung kommen.

Demnächst wird eine Kommission der Verbündeten aus Paris in Berlin eintreffen, um die genaue Einhaltung des neuen Kohlenlieferungsabkommens zu überwachen.

BetriebsEinstellung.

Lübeck, 12. Sept. Die Drägerwerke haben wegen dauernder Unrentabilität den Betrieb eingestellt, nachdem sie 1 1/2 Millionen Mark zugesetzt hatten. Den Arbeitern ist auf 24. September gekündigt worden.

Die Akkordarbeit.

Magdeburg, 12. Sept. Der Streik der Metallarbeiter in Staffort ist nach sechswöchiger Dauer beendet. Es wurde ein Vergleich geschlossen, in dem die Akkordarbeit anerkannt wird.

Eisenbahnerstreik in Elsaß-Lothringen.

Metz, 12. Sept. Seit Donnerstag mittag ist auf dem ganzen Elsaß-Lothringischen Eisenbahnen der Generalstreik ausgedrochen. Es verkehren nur Lebensmittelzüge.

Der Wiederaufbau.

Zürich, 12. Sept. Nach Pariser Meldungen haben die Besprechungen in Versailles über den Wiederaufbau zu einem Übereinkommen in 2 wichtigen Punkten geführt: 1. Die deutschen Arbeiter kommen nicht in Arbeiterbataillonen nach Frankreich, sondern als freie Arbeiter mit einem Vertrag nach deutschen Sitten. 2. Der Wiederaufbau wird der deutschen Regierung anvertraut; sie darf, wenn sie es für gut befindet, mit Unternehmern verhandeln.

Die Donau ist offen.

Wien, 12. Sept. (Korr.-Bur.) Der englische Kommandant Cecil Dillon teilte im Antrag des Donaukommandanten Admiral Traubridge mit, daß die Donau von jetzt ab für den Handelsverkehr offen sei.

Die vorarlbergische Frage.

Bern, 12. Sept. In schweizerischen Regierungskreisen hält man die vorarlbergische Frage für erledigt. Italien soll mitgeteilt haben, es werde sofort von der Schweiz andere Gebiete als Entschädigung verlangen, wenn Vorarlberg mit der Schweiz vereinigt würde. (Die Vorarlberger Bevölkerung hat sich bekanntlich mit großer Mehrheit für den Anschluß an die Schweiz ausgesprochen. D. Schr.)

Von der Friedenskonferenz.

Verailles, 12. Sept. Der Oberste Rat erklärte die Antwort der deutschen Reichsregierung über den Artikel 61 der neuen deutschen Verfassung (betr. den Anschluß Österreichs an Deutschland) für ungenügend. Der Oberste Rat verlangt die ausdrückliche Ausmerzung des Artikels und die feierliche Bestätigung durch die Nationalversammlung.

Minister Loucheur über den Friedensvertrag.

Paris, 12. Sept. (Havas.) Die Kammer fuhr mit der Prüfung des Friedensvertrags fort. Minister Loucheur sagte, wenn es sich um Milliarden wie vor dem Kriege handeln würde, so könnte Deutschland nicht bezahlen, aber seither sei der Wert einer Milliarde auf ein Drittel gesunken. Der Minister ist der Ansicht, daß die Arbeit der Deutschen, wie sie vor dem Krieg bestand, wieder aufleben werde. Deutschland werde 30 % der Maschinen aller Marken liefern müssen, um die Fabriken der befreiten Gebiete wieder in Stand zu setzen. Alle Hilfsquellen, über die Deutschland verfüge, müssen in den Dienst der befreiten Gebiete gestellt werden. Der Gerechtigkeits Sinn der Alliierten werde die deutschen Schiffe nicht verteilen, bevor die französischen Verluste ausgeglichen seien. 3,8 Millionen Tonnen seien auf Ende 1920 bestellt. Man müsse aber auf 5 Millionen Tonnen kommen, um die Unabhängigkeit Frankreichs im

an einem Schreibtische, über welchen hinweg er durch ein kleines Fenster nach dem Passflur jeder in den Buchladen Eintretenden bemerken konnte. Der Buchladen wurde von einem ebenso alten Herrn versehen, der schon seit der Gründung des Geschäfts die Kunden bediente. Nur wenige von diesen hatten den Vorzug, von Herrn Ritus selber nach ihrem Begehrt gefragt zu werden.

Von meinem ersten Jahre an ging ich täglich an dem Ritus'schen Hause vorbei zu der nicht weit davon gelegenen Schule. Alle Schulbücher, welche ich brauchte, besorgte ich mir aus dem Buchladen des Herrn Ritus, und oft bekam ich von meinem Vater Bestellungen für Bücher, welche dieser für seinen ausgedehnten Wirkungskreis bedurfte. An heißen Sommertagen ruhte ich gern auf den kühlen Steinplatten unter den schattigen Linden aus; wenn dieselben blühten und ihren wunderbaren Duft ausströmten, wünschte ich oft, dort sitzen bleiben zu können, und empfand nachher den Dunst der Bücherstube um so unangenehmer. Fast jedesmal, wenn ich den dunkeln Passflur betrat, öffnete Herr Ritus das Fenster, um zu fragen, was ich begehre, und kam dann meistens aus seinem Zimmer, mir das Gewünschte selber zu geben oder auszusuchen, und bald war ich sein Liebling, mit dem er gern ein Viertelstündchen plauderte. Er ging auch wohl auf meine Bitte mit mir vor die Tür in den Schatten der Linden. Wie hübsch ruhte der alte Mann auf das harmlose Gepolter des kleinen schwarzlockigen Mädchens einzugehen, das neugierig nach allem fragte, was ihm hier sonderbar erschien!

„Warum hast Du keine Frau, Onkel Ritus?“ fragte ich ihn einmal, „und keine Kinder? Dein Haus ist ja groß genug, viel zu groß für Dich und Herrn Schröder. Du kannst glauben, Deine Frau würde alles hübsch hell und sauber machen, die Fensterscheiben von der alten Etine putzen lassen und weiße Gardinen vor die Fenster hängen — aber was ist Dir, Onkel Ritus? Ich glaube, Du weinst. O, sei mir nicht böse! Sie sind Dir wohl gestorben?“ fragte ich mit richtigem Verständnis für die Ursache seiner Trauer.

„Jawohl, mein Kind, sie sind mir gestorben. Alles, was ich liebte, ist tot, in wenigen Wochen von schwerer

Handel behaupten zu können. Die Bevölkerung des Saargebiets werde sich nach 15 Jahren für Frankreich aussprechen. Deutschland werde durchschnittlich jeden Monat 2 1/2 Millionen Tonnen Kohlen liefern müssen, einschließlich derjenigen des Saargebiets. Gegenwärtig kommen aber nur 1,668 Millionen Tonnen heraus. Er schätze den Wert der aus Deutschland ausgeführten Kohlen vor dem Krieg auf 2,5 Milliarden; diese Ziffer könne verdoppelt werden. (1) Deutschland habe so die Möglichkeit, jährlich 5 Milliarden abzugeben. Der mögliche Steuerzahler werde 1/2 mal stärker belastet sein, als der französische, wenn man die Mark zu 85 Centimes berechne.

Bern, 12. Sept. Im Anschluß an die Meldung, die Entente beabsichtige den Kauf des badischen Bahnhofes in Basel unter Anrechnung auf die deutsche Entschädigungssumme, berichten westschweizerische Blätter nach dem Londoner „Engineer“, die Entente plane darüber hinaus die Übernahme des badischen Eisenbahnetzes im Kanton Schaffhausen.

Bern, 12. Sept. Madrider Meldungen berichten, die spanische Regierung werde eine Militärmission nach Algier entsenden zum Studium der Organisation der Fremdenlegion. Die spanische Regierung beabsichtige eine ähnliche Organisation für die spanische Zone von Marokko.

Kämpfe zwischen Serben und Montenegro.

Bern, 12. Sept. Wie das montenegrinische Konsulat in Genf bekannt gibt, sind zwischen den serbischen Besatzungstruppen und den Montenegroern blutige Kämpfe ausgebrochen, in denen die Serben 186 Tote und 200 Verwundete hatten. Der serbische Oberkommandant läßt schleunigst 2 Divisionen Verstärkungen von Cattaro heranschaffen.

Wilson auf Reisen.

Osaka, 12. Sept. Wie der „Nieuwe Courant“ meldet, hat Wilson in einer in Nord-Dakota gehaltenen Rede erklärt, die Besprechungen über den Friedensvertrag seien eine Frage über Krieg oder Frieden. Das Mißgelingen des Friedensvertrags würde Verzweiflung und Chaos zur Folge haben. Wenn Amerika die Menschen zur Verzweiflung treibe, so würden sie ihre Regierungen stürzen. Die Haltung Amerikas sei eine Schande. „Newport Times“ meldet, die Rundreise Wilsons sei nicht in jeder Hinsicht erfolgreich. Die Bevölkerung sei des Bezanks über den Völkerbund müde. Die West-Amerikaner wollten lieber ihre eigenen Angelegenheiten behandeln, als Vorkämpferrollen lösen oder Armeen retten.

Das amerikanisch-französische Bündnis bekräftigt?

Amsterdam, 12. Sept. Nach dem „Nieuwen Rotterdamischen Courant“ hat der amerikanische Senat entschieden, daß gegen die Ratifikation des amerikanisch-französischen Bündnisvertrags keine verfassungsmäßigen Einwände bestehen.

Bermischtes.

Bischof Dr. Feigen f. Der bisherige Bischof von Straßburg, Dr. Feigen, ist im 82. Lebensjahr gestorben. Dr. Feigen war im Jahr 1890 auf den Bischofsstuhl berufen worden. **Die Erdbebe.** Am Mittwoch abend 5 25 Uhr wurde in Hechingen ein heftiges Erdstöße verspürt. Ein zweites, leichteres Stoß erfolgte eine halbe Stunde später. Donnerstag früh 1 25 Uhr wurde wieder ein Stoß wahrgenommen. **Preisgekrönte Fahrräder.** Bei dem großen Motorrad-Rennen auf der Olympiabahn bei Berlin erhielten von den Fahrern der Neckarhülmer Fahrradwerke 3 erste, 2 zweite und 3 dritte Preise.

Gegen den Wucher. Das Kriegsmunitionamt in München will für alle zur Anzeige kommenden Fälle von Wucher bestimmte Belohnungen aussetzen, ähnlich wie dies bisher bei der Wiederbeschaffung von verlorene Heeresgut mit Erfolg geschehen ist. **Billige Aarotten.** Einem in Berlin wohnenden Greis

Krankheit dahingerafft.

„O, nun verstehe ich, warum Dein Haus so obso so traurig aussieht; nicht einmal zu Pfingsten schmückst Du es mit Rosen.“

„Zu Pfingsten schmückte ich stets die Gräber meiner Lieben, und dies ist mein einziger Ausgange im ganzen Jahre,“ sagte mit tiefem Seufzer mein alter Freund, „und jedesmal lege ich dann die Rosen, welche Du im Erdzimmer hast blühen sehen, so viel deren da sind, auf die stillen Hügel. Meine Frau liebte sie so sehr, die Rosen, besonders die weißen Teerosen.“

„O, ich liebe sie auch, alle Rosen, alle Blumen.“

„Mögest Du immer nur Freude daran haben und nicht wie ich mit Wehmut jede neue Knospe sich erschließen sehen! Gott erhalte Dir den frohlichen Sinn, mein liebes Kind! Du wirst gewiß manche Rose brechen, um Dich zu heiteren Festen damit zu schmücken, und wenn Dir einmal solche im frischen Kranze fehlen sollten, so weißt Du, Onkel Ritus hat für seinen Liebling immer einige übrig — wenn es nur nicht zu Pfingsten ist.“

Der alte Herr war immer mild, auch in seiner Trauer noch wohlwollend gegen mich gestimmt. So waren allmählich drei Jahre dahingegangen, für mich weniger merkbar, da ich auch nach zurückgelegtem vierzehnten Jahre, noch zart und behende am Körperbaue, das selbe bald wilde, bald sinnige Kind geblieben war. Die Schularbeiten häuften sich; dazu kamen Musikstunden, und zu meinem Bedauern konnte ich meinen mir so lieb gewordenen Verkehr mit Herrn Ritus nur selten legen. Da, einmal nach Pfingsten, sah ich, daß zwei Fenster der Seitenfront geöffnet waren, blank gepußt und Vorhänge davor, die dem Hause sofort einen wohlthätigen Charakter ausprägten. Die Büchergestelle waren entleert; die Bücher selbst hatten in einem Zimmer nebenan Platz gefunden.

Das Hauptinstrument. In einem Musiksalon erscheint eine neuengagierte Zigeunerkapelle. „Was ist denn?“ fragt der Wirt die Zigeuner, „wo habt Ihr denn die große Trommel? Alle Kapellen, die bei mir spielen, hatten eine große Trommel!“ — „Das brauch' wir nicht,“ belehrt ihn der Primas. „Was wir hier finden oder nehmen, das verpacken wir einfach im Zimbalacken.“ (Jugend)

den wurden in München zweimal je 60 000 Zigaretten als Schieberware abgenommen. In seiner Wohnung wurde überdies ein Zentner Tabak beschlagnahmt.

Teure Pferde. Dänemark hat während des Krieges 150 000 Pferde zum Preis von 415 Mill. Kronen (1 Krone = 1,12 Mark) an Deutschland geliefert.

Sarros. Die französischen Besatzungsbehörden haben auf den Pfaffen im Saargebiet die Bezeichnung „preußisch“ durch „sarros“ (saarländisch) ersetzt.

Offiziere als Schieber. Verschiedene französische Offiziere, darunter ein Sohn des Generals Landauer, sind wegen schmutziger Schiebergeschäfte in Fett und Seife aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich zurückgeschickt worden.

Grubenunglück. Bei der Seilfahrt in den Schacht sind in der Kohlengrube in Bochum (Sachsen) infolge Zerreißen des Drahtseils 6 Bergleute tödlich verunglückt.

Explosion. In einem Munitionslager zu Pramaggiore (Benetien) entstand beim Verladen eine Explosion. 30 österreichische Gefangene und 10 italienische Soldaten sind tot.

Explosion von Kanakasen. „Times“ berichtet aus Neu-York, daß sich am 11. September in der Gegend der 43. Straße neben einem großen Hotel eine heftige Explosion ereignete, die der Selbstentzündung der in den Abfuhrgängen angesammelten Gase zugeschrieben wird. In mehreren Stellen wurden die Deckungen der Kanäle hoch in die Luft geschleudert. Hunderte von Fensterscheiben wurden zertrümmert.

Baden.

(*) **Karlsruhe, 12. Sept.** Auf Einsprache des Ministeriums des Innern wurde die Höhe der den bad. Kommunalverbänden auferlegten Hazerlieferungen erheblich herabgesetzt.

(*) **Karlsruhe, 12. Sept.** Eine Hans Thoma-Feier wird zum 80. Geburtstag des Meisters im Landestheater geplant. Am Abend des 2. Oktober soll eine Festvorstellung stattfinden und zwar Mozarts „Zauberflöte“ auf Wunsch des Jubilars.

(*) **Karlsruhe, 12. Sept.** Da hier Zimmer zu angemessenen Preisen für Studierende kaum mehr erhältlich sind, bittet die Stadt die hiesigen Einwohner, die Studenten freiwillig bei sich aufzunehmen, sonst müßte das Wohnungsamt der Techn. Hochschule zur Zwangseinnichtung zu festgesetzten Preisen schreiten.

(*) **Karlsruhe, 12. Sept.** Die Kommission des Stadtrats wie die demokr. Bürgerausschüßfraktion, der das Vorschlagsrecht zustand, sind nach Prüfung der eingelaufenen Bewerbungen um die Oberbürgermeisterstelle überein gekommen, mit dem Bürgermeister Dr. Finter in Mannheim wegen Uebernahme der Karlsruher Oberbürgerstelle in Verhandlungen einzutreten. Nachdem diese zu einem guten Ergebnis geführt haben, wird Dr. Finter dem Bürgerausschüß zur Wahl als Oberbürgermeister vorgeschlagen.

(*) **Pforzheim, 12. Sept.** Der Gesundheitszustand des Oberbürgermeisters hat sich weiter verschlechtert, so daß sich Oberbürgermeister Habermehl entschlossen hat, sein Amt bereits in der nächsten Zeit niederzulegen. Oberbürgermeister Habermehl hat über 30 Jahre lang die Verwaltung unserer Stadt geleitet.

(*) **Taubersbischofsheim, 11. Sept.** Laut „Taubers- und Frankenbote“ haben der Bad. Bauernverein, der Genossenschaftsverband bad. landw. Vereinigungen, der Bad. landw. Verein, der Bad. Bauernbund und die Bad. Landwirtschaftskammer eine Arbeitsgemeinschaft der badischen Landwirtschaft gebildet, welche den Zweck hat, in allen Standesfragen auf politischem und volkswirtschaftlichem Gebiet gemeinsam zu arbeiten. Damit ist eine Gemeinschaft gebildet, wie sie seit einiger Zeit in landwirtschaftlichen Kreisen gefordert wird. Ein Zusammenschluß auf wirtschaftlichem Gebiet ist ins Auge gefaßt und soll demnächst für einzelne Wirtschaftsgebiete erfolgen. Es werden also die in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Organisationen in ständiger Fühlung sein und in regelmäßigen Sitzungen zu den wichtigen Tagesfragen Stellung nehmen.

Württemberg.

(*) **Stuttgart, 12. Sept.** (Vom Rathaus.) Alles wird teurer, auch die Gräber und die Bestattungsgebühren. Die Lohnschraube hat die Stuttgarter Friedhofverwaltung mit 323 000 Mark belastet. Davon werden 200 000 Mark durch eine Erhöhung der Bestattungsgebühren um 100 % gedeckt. Der Rest wird durch eine Erhöhung der Gräberpreise aufgebracht.

(*) **Stuttgart, 12. Sept.** (Verhaftung.) Die Kriminalpolizei hat den 25 Jahre alten Schlosser Otto Götz von Cannstatt festgenommen. Götz steht im Verdacht, in der Nacht zum 8. September in Augsburg seine Geliebte, die Fabrikarbeiterin Anna Fendt, mit Zyanankali vergiftet zu haben. Er ist nach der Tat geflüchtet.

(*) **Stuttgart, 11. Sept.** (Leichenüberführung in die Heimat.) Nach einer Mitteilung der interalliierten Waffenstillstandskommission sind Leichenüberführungen noch nicht gestattet worden. Es muß daher abgewartet werden, bis eine anderweitige Entscheidung der alliierten Regierungen ergangen ist. Die zu erwartende weitere Entscheidung wird dann wieder bekannt gegeben werden.

(*) **Zuffenhausen, 12. Sept.** (Die Ruhr.) Seit kurzem sind hier eine Anzahl Erkrankungen an Ruhr vorgekommen, einige mit tödlichem Ausgang. Als Ursache darf man wohl ziemlich sicher das Essen von unreinem oder auch unreinem Obst betrachten. Das beste Vorbeugungsmittel ist, Obst jetzt nur in gekochtem Zustand zu essen.

(*) **Alpberg, 12. Sept.** (Stadtarzt.) Der Gemeinderat hat zum Nachfolger des in den Oberbiberger Bergen tödlich verunglückten Stadtarztes Dr. Ludwig den derzeitigen ersten Assistenzarzt an der Landeshebammentenschule, Dr. Dr. Reimold, gewählt.

(*) **Heilbronn, 12. Sept.** (Vom Rathaus.) Die Stadt Heilbronn wird an ihre Ausmarschiereten aus der Stadtliste 100 000 M. zur Verteilung bringen, außerdem wurde eine Sammlung in der Bürgerchaft eingeleitet, die bereits 215 000 M. aufweist.

(*) **Nottensburg, 12. Sept.** (Diözesansynode.) Der Bischof beruft auf den 7. und 8. Oktober die Dekane, die gewählten Vertreter der Kapitel sowie beion-

ders geladene Herren zu einer Diözesansynode. Die Beratungsgegenstände der Synode sind: 1) Ausichten und Aufgaben der Pastoration. 2) Neugestaltung der Christenlehre. 3) Der neue Katechismus. 4) Befestigung der Examinatoren und Judices Synodales. 5) Meritalet Standesverein. 6) Verwaltung des Theologenfonds.

(*) **Laupheim, 12. Sept.** (Verbandszuchtviehmarkt.) Die Brauviehzuchtgenossenschaft Laupheim wird vom 4.—6. Oktober hier einen Verbandszuchtviehmarkt an der Kupwieshammelsee abhalten. Die Eisenbahntransportkosten werden von der Verbandsklasse getragen.

(*) **Stuttgart, 12. Sept.** (Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof.) Zugesührt am 11. September 2 Wagen einheimisches Obst; Kleinverkaufspreis 18—20 Mark für den Zentner. Auf dem Wilhelmshof: Zufuhr 30 Zentner; Preis 20—22 Mark für den Zentner.

(*) **Stuttgart, 12. Sept.** (Geldsäcker.) Der 37 Jahre alte Lithograph Paul Lütgen aus Krefeld war in der Firma Rembold in Heilbronn angestellt, als diese für die Stadt Heilbronn die fünfzig Mark-Losen herzustellen hatte. Lütgen hatte den echten Entwurf hergestellt. Im November 1918 verzog er nach Stuttgart, richtete sich eine lithographische Werkstätte ein und fabrizierte im Undruckverfahren mit dem echten Steinsäcker Scheine, von denen bis jetzt 710 Stück im Verkehr aufgefunden wurden. Lütgen wurde vom dem Schwurgericht zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis (davon 6 Monate durch die Unterjuchungshaft verbüßt) und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Kotales.

— **Kriegsgewerbezahlung.** Wie das Württ. Stat. Landesamt mitteilt, war die Kriegsgewerbezahlung vom Herbst 1917 günstiger, als zu befürchten war. Dies rührt daher, daß von dem Statistischen Landesamt aus noch rechtzeitig, vor der durch die Berliner Militärbehörde ohne Mitwirkung der dortigen württ. Militärbehörde angeordneter Erhebung selbständig eingegriffen wurde. Die Hinausschiebung vom 15. August auf 10. September hat dann auch eine bessere Vorbereitung ermöglicht. Zwischen 1907 und 1914 zeigt sich für Württemberg eine Abnahme der Betriebe um etwa 10 000 (von 127 982 auf 118 136 bei gleichzeitiger Zunahme der Gewerbepersonen um etwa 44 000 (von 519 295 auf 563 201), was durchaus der ganzen gewerblichen Entwicklungstendenz und der Volksentwicklung nach Stadt und Land entspricht. Bei der Gewerbezahlung im Herbst 1917 sind in Württemberg 22 259 „ruhende“ Betriebe mit 52 417 Personen gezählt worden.

— **Zur Brotverjorgung.** Der landwirtschaftliche Hauptverband Württemberg hat in einer außerordentlich zahlreich besuchten Landesausschüßsitzung u. a. Stellung zur Zwangswirtschaft genommen und einstimmig folgende Entschließung angenommen und dem Ernährungsministerium vorgelegt: „Der Hauptverband nimmt mit Betretenden Kenntnis von einem im „Staatsanzeiger“ vom 8. September veröffentlichten offensichtlich offiziellen Artikel über die Brotverjorgung. Er weist die darin enthaltenen Vorwürfe mit Entrüstung zurück und erwartet, daß in Zukunft in dem amtlichen Presseorgan über die Landwirtschaft nur sachliche Mitteilungen veröffentlicht werden. Insbesondere weist er die Behauptung zurück, daß die Landwirte absichtlich Getreide nicht abliefern. Die Gründe für die ungenügende Ablieferung dürften auch der Regierung bekannt sein; sie ist verursacht durch die späte Ernte, durch das mangelnde Brennmaterial, durch ungenügende Stromlieferung und durch Arbeitermangel. Sie fordert die Landwirte auf, ihrer Lieferungsspflicht mit Rücksicht auf die ernste Lage der Lebensmittelversorgung möglichst bald nachzukommen.“

— **Diensthunde in der Reichswehr.** Künftig werden auch Hunde für militärische Zwecke verwendet werden. Innerhalb der Reichswehr machen sich bereits Diensthunde nützlich. Schutzhunde beginnen zur Erhöhung der noch in keiner Weise zufriedensstellenden öffentlichen Sicherheit beizutragen. Kraft ihrer schärferen Sinne machen sie besonders in der Dunkelheit auf mancherlei Verdrähtiges aufmerksam, was dem Hundesührern ohne Zutun des Hundes entgehen würde. Zur Verhinderung von Diebstählen und Einbrüchen tragen außerdem noch Wachhunde viel bei. Nächtliche Dienste leisten ferner die billig zu beschaffenden Jughunde. Schließlich sei auch noch der Meldehund gedacht. Wenn man gezwungen ist, bei inneren Unruhen einzuschreiten, wird der Meldehund häufig als Meldegänger an die Stelle des Menschen treten.

— **Eine Aufhebung der Bewirtschaftung von Soda und Natrium** ist zur Zeit wegen der außerordentlich geringen Produktion noch nicht möglich. Verlehrsreiche Ware gibt es daher nicht. Die Angebote derartiger Ware, die in letzter Zeit häufiger zu beobachten sind, entstammen durchweg dem Schleichhandel. Wer derartige als verkehrsfrei bezeichnete Ware absetzt und verbraucht, macht sich strafbar. Gegen den Schleichhandel wird im Interesse der Allgemeinheit rücksichtslos vorgegangen. Die anerkannten Sodaverbraucher und der legitime Handel werden im eigenen Interesse gebeten, die diesbezüglichen Bestrebungen durch geeignete Meldungen an die Zentralstelle für Natriumsalzen und Soda, Berlin, Eichhornstr. 4, zu unterstützen.

— **Die Volkszählung vom 8. Oktober 1919** ist, wie aus dem Zeitpunkt schon ersichtlich, eine außerordentliche und für die weitere Sicherstellung der Ernährung, namentlich in den Stadtgemeinden und Industriegegenden erforderlich. Wenn in der letzten Zeit mehr als sonst im Frieden Volkszählungen veranstaltet werden mußten, so hängt dies mit den örtlichen Menschenverschiebungen zusammen, die im Laufe des Krieges und noch seiner Beendigung vor sich gegangen sind. Man muß ganz genau und zuverlässig erfahren, wieviele Menschen jeden Alters und jeden Geschlechts in jeder Gemeinde des Landes sich befinden, wieviele dort ihren Wohnort haben und für die Ernährung usw. zuständig sind. Die vierteljährlichen Fortschreibungen haben hierüber keine zuverlässigen Angaben gebracht.

— **Auswanderer seid vorsichtig!** Die sibirische Siedlungsgesellschaft in Kapstadt, die in Berlin

ein „zentral-orientales“ Büro unterhält, bietet Ananas-Plantagen in Südwesafrika zum Kauf an. Die in den Werbeschriften enthaltenen Angaben über Aubaumöglichkeiten in Südwesafrika und die Rentabilitätsberechnungen entsprechen den tatsächlichen Verhältnissen nicht und sind geeignet, Landbesitzer in erhebliche Verluste zu bringen. Vor ein: Beteiligung an dem Unternehmen wird dringend gewarnt. — In Zeitungsanzeigen wird mit großer Kellame der Bezug einer Zeitschrift „Auswanderung nach S. A., Mittel- und Nordamerika, Afrika, Asien und Australien 1919“ zum Preise von 4.50 M. angepriesen. Die Schrift enthält auf 10 kleinen Druckseiten eine Zusammenstellung von Unterlagen, die meist aus Zeitungen und sonstigen Veröffentlichungen entnommen sind, und entbehren für eine sachgemäße Aufklärung der Auswanderer jeder Bedeutung. Der geforderte Preis steht in keinem Verhältnis zu der Wertlosigkeit der Schrift, weshalb vor Kauf gewarnt wird.

Der Kognat — ein Opfer des Versailler Friedens. „In den Opfern des Versailler Friedens“, schreibt die „Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins“, wird auch der Kognat gehören, jedenfalls der „deutsche“ und im weiten Umfang auch der sog. „französische“. Während nämlich in Frankreich die Bezeichnung Cognac als Herkunftsbezeichnung vom Gesetz geschützt wird, ist in Deutschland das Wort Kognat üblich zum Sachnamen geworden, und kein Mensch denkt daran, daß es in der Charante eine Stadt dieses Namens gibt, die der Hauptort für die Bereitung des echten Kognats ist. Da Deutschland durch den Friedensvertrag verpflichtet ist, die Natur- und Gewerbezeugnisse der feindlichen Staaten gegen jede Art von unlauterem Wettbewerb zu schützen und für die Herkunftsbezeichnung fremder Weine und geistiger Getränke die Gesetze des Ursprungslands zu beobachten, so wird Deutschland jetzt gezwungen sein, auf die wahllose Bezeichnung von Brantweinen aller Art als Kognat zu verzichten. Frankreich wird jetzt bestimmen, was in Zukunft in Deutschland als Kognat bezeichnet, verkauft und also auch getrunken werden darf. Wir werden also auf diese Weise von der Sucht, alles mit einem möglichst feinen, fremden Namen zu belegen, gründlich geheilt. „Nicht nur, daß der französische Weinbrand unter allen Umständen als besser galt als der deutsche“, schreibt die Zeitschrift, „auch der minderwertigste Fusel mußte den „tolken“ Namen Kognat tragen. Und nach solchen Gebrauchen beurteilt das Ausland den deutschen Handel, die deutschen Sitten und schließlich die Deutschen überhaupt. Zum deutschen Kaufmann und zu deutschen Waren gehören von Gottes und Rechts wegen nun einmal deutsche Namen. Dem Ausland und den Feinden sollten wir es doch endlich glauben. Aber wie wird der deutsche Weinbrand in Zukunft heißen? Watki? Bis der Feindverband auch das verbietet!“

— **Rückkehr der Kriegsgefangenen.** Die in Frankfurt a. M. geführten Verhandlungen wegen der Auslieferung der in amerikanischen Gewahrsam befindlichen Kriegsgefangenen haben zu dem Ergebnis geführt, daß vom 17. September ab täglich 2000 Mann der in amerikanischer Hand befindlichen Gefangenen ausgeliefert werden.

Der Abtransport der Gefangenen der Amerikaner beginnt am 13. September und zwar der Reihe nach nach Weplar, Gießen, Kassel, Limburg und Mannheim.

— **Angeliche Kriegsgefangene als Schwindler.** Von der Reichswehrbefehlshaberstelle (Kriegsministerium) wird mitgeteilt: Vor einigen Tagen wurde ein angelicher Kriegsgefangener, der sich harrisch auf der Straße herumtrieb, von einem Herrn angehalten und nach der Gefangenenheimkehrabteilung der Reichswehrbefehlshaberstelle gebracht, wo er den Vorwurf erhob: so läßt das Militär seine ehemaligen Kriegsgefangenen herumlaufen. Sehr bald stellte es sich heraus, daß der angeliche Kriegsgefangene seine Stiefel verkauft hatte und er selber nie in Gefangenschaft gewesen war. Kaum waren die Vorbereitungen für die Rückkehr unserer im tiefsten Elend sichmachenden Kriegsgefangenen abgeschlossen, machten sich auch schon gewissenlose Menschen daran, auf irgend eine Art Geld und für die Heimkehr bestimmte Bekleidungs- und Wäschestücke sich zu erschwindeln. Diese Schwindler bestehen nicht nur aus deutsche Volk, sondern sie schädigen auch ganz besonders unsere armen Kriegsgefangenen und deren Angehörige, da Bekleidung und Wäsche nur in den unbedingt erforderlichen Mengen vorhanden und nicht wieder zu ersetzen sind. Auf das Mitleid und den guten Willen, zu helfen, die unseren Kriegsgefangenen überall in so fürsorgender und herzlicher Weise entgegengebracht werden, bauen diese Elemente ihre Pläne auf, leider nicht immer ohne Erfolg. Von militärischer Seite aus geschieht alles, um diese Schwindler unschädlich zu machen, und manche sind schon der strafenden Gerechtigkeit zugeführt worden. Es wird mit allen Kräften daran gearbeitet, diesen „unedigen“ Kriegsgefangenen so schnell als möglich das Handwerk zu legen, dies sind wir unseren Kriegsgefangenen und deren Angehörigen schuldig.

— **Kohlen und Benzin.** Es ist bekannt, daß wir gegenwärtig bezüglich der Mehl- und Brotverjorgung in einer so unglücklichen Lage sind, wie noch nie in den letzten Jahren und daß man in Süddeutschland vielfach kein Brot hätte, wenn nicht Preußen mit einer namhaften Menge Getreide brüderlich angeschlossen hätte. Die Ursache unserer Schwierigkeiten ist zum großen Teil auf den Mangel an Arbeitskräften und vor allem an Kohlen und Benzin zurückzuführen, neben dem Umstand, daß die Ernte heuer überhaupt später eintrug als sonst. Zum Dreifachen von Hand reichen, wie bemerkt, die Arbeitskräfte nicht aus, zum Dreifachen mit der Maschine aber fehlt teils die elektrische Kraft, teils die Kohle und das Benzin. Manches Automobil und mancher Motor mußte stillstehen, weil das Material zum Inbetriebsetzen nicht vorhanden war. Umso unbegreiflicher ist es, wenn man die vielen Autos herumfahren sieht, die doch auch Benzin, und zwar nicht wenig, verbrauchen. Wäre dieses Benzin nicht besser für Dieselmotoren zu verwenden?



Wildbad, 15. Septbr. Die Frechheit der Diebe übersteigt hier nachgerade jedes Maß. Am Samstag nach 8 Uhr erschien in der hiesigen Reformschule eine Frau und teilte mit, daß sie schon seit etwa einer Viertelstunde Licht im Anstaltsparke bemerkte, da müsse etwas nicht ganz in Ordnung sein. Auf Nachforschung stellte sich heraus, daß dort zum Bleichen ausgebreitete, ganz neue Wäsche (Leintücher und Kissenbezüge) auf diese freche Art gestohlen worden war. Als Frau Fischer, der diese Wäsche gehörte, laut jammerte und weinte, antwortete ihr höhnisches Gelächter aus dem Gebüsch. Leider hinderte die dichte Finsternis Lehrer und Schüler an der Verfolgung der Diebe. In welchem Umfange hier die Dieberei blüht, mag man aus der weiteren Tatsache ersehen, daß in den letzten Wochen sämtliche Kirsch- und Apfelbäume sowie alle Hageleuchsträucher im Garten der Reformschule bis auf die letzte Frucht geplündert worden sind. Doch: der Krug geht zum Brunnen, bis er zerbricht. Nicht einmal die auf der eingezäunten Wiese der Reformschule friedlich grasen-

den Gänse und Enten sind hier ihres Lebens sicher. Es gibt Leute, die vom Walde aus mit großen Steinen nach den Tieren werfen, um sie in ein besseres Jenseits zu befördern. Für solche Verrohung kann man nur Verachtung übrig haben, namentlich wenn man bedenkt, daß damit Flüchtlinge geschädigt werden sollen, die schuldlos ihr Hab und Gut eingebüßt haben und sich hier eine neue Existenz schaffen wollen!

Eingefandt.

Wildbad. Darf man fragen, auf Grund welcher Verordnung die elektrische Hauptbeleuchtung jetzt in der Periode des Vollmondes wiederholt schon erst in früher Morgenstunde ausgeschaltet wird, während sonst — in der Zeit ägyptischer Finsternis, in der man sich zum Hastpflichtschaden der Stadt leicht Hals und Bein brechen könnte! — diese Arbeit schon um 11 1/2 Uhr besorgt wird? Darf man weiter fragen, ob die Luftbarkeitssteuer in den Fällen entrichtet wurde, in denen das Tagwerk mit Tanz beschlossen ward? Wohlverstanden, wir opponieren nicht

gegen dieses Vergnügen; wenn Wildbad sich entwickeln soll, ist es selbstverständlich, daß auch diesem Wunsche Rechnung getragen werden muß. Aber es ist auch wünschenswert, daß der Stadtsäckel seinen Nutzen davon habe und die Steuerzahler bei der Zahlung der Steuern etwas davon merken.

Letzte Nachrichten.

§ **Freudenstadt, 14. Sept.** Bei der heutigen Stadtschultheißenwahl wurden abgegeben für den Kandidaten der Deutsch-demokratischen Partei Amtmann Dr. Blaicher 1554 Stimmen, für den Kandidaten der Bürgerpartei Landgerichtsrat Kentschler 1139 Stimmen, für den sozialdemokratischen Kandidaten Verwalter Dillmann 961, für Dr. Essich 282 Stimmen. Dr. Blaicher ist somit gewählt.

Hamburg, 14. Sept. Der Dampfer „Weimar“ ist als erster Dampfer heute mittag mit Stückgut von London hier angekommen.

Stochholz- und Leeseholzgewinnung.

Bei der bedrohlichen Lage der Kohlenversorgung ist es von größter Wichtigkeit, daß die Gewinnung von Brennholz auf jede Weise gefördert wird. Vor allem empfiehlt sich die Gewinnung von **Stochholz**, die bei den jetzigen Holzpreisen guten Verdienst verspricht. In den Stadtwaldungen ist die Gewinnung mit Erlaubnis des Forstamts Meistern gegen Bezahlung von 40 Pfg für ein Rm. (geschätzt im Boden) gestattet.

Auch das Leeseholzsammeln wird dringend empfohlen. In vielen Waldteilen liegt noch viel Leeseholz herum, das durch die Kinder während der Herbsturlauben gesammelt werden kann.

Wildbad, den 8. Sept. 1919.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Bekanntmachung.

Bei der Gewinnung von Stochholz im Staatswald, Abt. 28 mittlere Waldhütte durch Wilhelm Schlüter hier werden vom 16. September ds. Js. an bis auf Weiteres täglich von vorm. 8—10 Uhr und nachm. von 4—6 Uhr **Stochholzprensmaen**

vorgenommen werden, was hiemit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Wildbad, den 13. September 1919.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Codes-Anzeige.

Liesbeträbt machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder

Fritz Feuerbacher

unerwartet rasch im Alter von 14 Jahren gestorben ist.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Eltern:
**Christian Gott und Frau
mit Geschwister.**

699

Beerdigung heute nachmittag 4 Uhr.

Möbel werden wie neu

wenn sie „Rival“ verwenden. „Rival“ ist eine Mischung für den Lack und die Politur der Möbel, nimmt alle Flecken, Schmutz, selbst Tintenprüger von der Politur weg und läßt eine glänzende Oberfläche zurück. Glänzende Atteste: „Rival“ ist zu haben bei **Wilhelm Bohnerberger**, Eisenwaren, Wildbad. Preis pro Flasche 2 M. postfrei, gegen Nachnahme direkt durch den Fabrikanten.

G. Schmid, Apotheker, **Groß-Sachsenheim 23** (Württemberg). Wiederverkäufer erhalten angemessenen Rabatt.

Bin jetzt unter

«« Nr. 85 »»

direkt an das Fernsprechnet
angeschlossen.

HERMANN SCHMID,

701 Reg.-Baumeister und Architekt

Büro für die gesamte Architektur
WOHNUNGS-KUNST

Während des Winters gut heizbare schön möblierte

Wohnung

mit Kochgelegenheit oder Pension für 3 Personen gesucht.

Ausführliche Angebote mit Preis unter Nr. 703 an die Exped. ds. Bl.

Gemeinde Calmbach.

Oberamts Neuenbürg.

Maßnahmen gegen die Wohnungsnot.

Die Gemeinde Calmbach wurde durch Verfügung des Ministeriums des Innern vom 25. März 1919 als Gemeinde mit Wohnungsmangel bestimmt und gelten daher für Calmbach die durch Verfügung des Ministeriums des Innern vom 29. 8. 19. — Staatsanz. Nr. 197 vom 30. August 1919 und Beschluß des Gemeinderats vom 11. Sept. 1919 festgelegten Bestimmungen, von denen die Wichtigsten hiemit bekanntgegeben werden.

§ 2.

Privatgebäude oder Teile von solchen dürfen ohne Genehmigung der Gemeindebehörde nicht abgebrochen werden.

§ 3.

Wohnräume dürfen ohne Genehmigung der Gemeindebehörde nicht in Geschäftsräume umgewandelt werden.

§ 4.

Zeitungsanzeigen, in denen Wohnräume gesucht oder angeboten werden, sind verboten. Die Gemeindebehörde steht zur unentgeltlichen Vermittlung von Wohnungen zur Verfügung.

§ 5.

Der Aufenthalt von Personen, die in Gasthöfen, Pensionen und dergleichen Wohnung nehmen, darf ohne Erlaubnis der Gemeindebehörde die Dauer von 3 Tagen nicht übersteigen. Die Inhaber der Gasthöfe, Pensionen u. s. w. sind verpflichtet, die fernere Beherbergung von Gästen abzuwehren.

§ 6.

Verfügbare Wohnräume sind binnen 8 Tagen bei der Gemeindebehörde anzumelden.

Als verfügbare Wohnräume gelten insbesondere neuerbaute oder durch Umwandlung anderer Räume gewonnene Wohnräume, sowie Wohnräume, die von ihrem Inhaber verlassen werden. Mieträume gelten als verfügbar, sobald der Mietvertrag gekündigt oder in anderer Weise aufgehoben ist.

§ 7.

Keine Haushaltung darf Wohnraum über den nötigen Bedarf hinaus beanspruchen.

Der Bedarf wird von der Gemeindebehörde unter Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände festgestellt.

Personen, ohne selbstständige Haushaltung dürfen regelmäßig nicht über 2 Räume beanspruchen. Je nach ihren Verhältnissen und dem Grad des Wohnungsmangels kann ihnen auch die Beschränkung auf einen Wohnraum zugemutet werden.

§ 10.

Die Ueberlassung, insbesondere die Vermietung von Wohnräumen an andere Personen und die Ingebrauchnahme von Wohnräumen durch privatrechtlich Berechtigte bedürfen der Genehmigung der Gemeindebehörde. Diese ist im Voraus einzuholen.

Miet- und ähnliche Verträge unterliegen der Genehmigung der Gemeindebehörde.

Verträge die ohne die erforderliche Genehmigung der Gemeindebehörde abgeschlossen werden, sind ungültig.

Als Wohnräume im Sinne des A. f. 1 gelten ganze Wohnungen und einzelne Räume ohne Unterschied, ob sie möbliert oder unmöbliert oder als Schlafstellen abgegeben werden.

§ 11.

Die vorgeschriebene Anmeldebescheinigung für den Einzug in eine Wohnung wird nicht erteilt, bevor die Genehmigung des Einzugs durch die Gemeindebehörde nachgewiesen ist.

An Personen, die die polizeiliche Anmeldebescheinigung nicht vorgelegt haben, werden ihre Lebensmittelmarken verabsagt werden.

§ 12.

Der Beschlagnahme durch die Gemeindebehörde unterliegen:

1. Leerstehende Geschäftsräume, die zu Wohnzwecken verwendbar oder verwendbar zu machen sind, sowie Räume, die hauptsächlich als Wohnräume genehmigt, zur Zeit aber als Geschäftsräume verwendet sind, wenn der geschäftliche Betrieb ohne wesentliche Beeinträchtigung in andere Räume verlegt werden kann.

2. verfügbare Wohnräume (§ 6)

3. überschüssige Wohnräume (§ 7)

4. Wohnräume, über die den Bestimmungen des § 10 zuwider verfügt ist

5. Selbstständige Wohnungen mit Küche und anderen Nebenräumen wenn sie von Personen bewohnt werden, die keine eigene Küche führen.

6. Wohnungen von Haushaltungen, deren Vorstand seine Berufstätigkeit in eine andere Gemeinde verlegt hat und seine Familie ohne hinreichenden Grund am jetzigen Wohnort weiterwohnen läßt.

§ 13.

Dem Verfügungsberechtigten können bei Inanspruchnahme der Wohnungen nur Instandsetzungsarbeiten zugemutet werden, nicht aber bauliche Veränderungen. Er hat jedoch deren Ausführung durch die Gemeinde auf deren Kosten zu dulden. Der Eigentümer der Haushaltung die Vornahme der Arbeiten, zu deren Ausführung er verpflichtet ist, so kann die Gemeinde sie auf seine Kosten ausführen lassen.

Ist überschüssiger Wohnraum abzugeben, so kann die Gemeindebehörde die abzugebenden Räume selbst bestimmen.

§ 14.
Weist die Aufforderung, die auf Grund des § 12 beschlagnahmten Räume innerhalb der festgelegten Frist eine Verwendung zuzuführen, zu der die Gemeindebehörde ihre Genehmigung zu geben vermag, erfolglos, so erläßt die Gemeindebehörde eine Beschlagnahmeverfügung, gegen welche den Betroffenen Beschwerde an das Oberamt und weitere Beschwerde an das Ministerium des Innern, das endgültig entscheidet, zulässig.

Die Beschwerde ist schriftlich binnen einer Woche nach Zustellung des anzusehenden Bescheids bei der Gemeindebehörde einzureichen.

§ 16.

Die Gemeindebehörde im Sinne dieser Verordnung ist das seither schon bestehende Wohnungsamt.

§ 17.

Diese Verfügung tritt mit dem 1. September 1919 in Kraft und ändert die seither veröffentlichten Bestimmungen hierdurch aufgehoben.

Calmbach, den 12. September 1919.

Schultheißenamt: A. B. d'Argent.

Wildbad.
**Beleuchtungs-
körper,
Glühlampen,
Taschenlampen
mit Akkumulator
Elektr. Bügel- u.
Koch-Apparate,
Glühplatten,
Heiz-Kissen**
und sonstige Schwachstrom-Artikel alles prima Ware zum grössten Teil Friedens-Ware empfiehlt
Carl Hartmann
elektr. Installation
u. mech. Werkstatt

Ein noch guterhaltenes
Fahrrad
hat zu verkaufen
Karl Haisch.

Die kommende Woche trifft wieder große Sendung verschiedener Gemüse zum billigen Tagespreis für mich ein:
Weißkraut, Blaukraut, Wirsing, Zwiebel, Gelbe Rüben etc.
Verkauf am Bahnhof.
Gärtner Wolf.

**Stärke-
Wäsche**
besorgt in normaler Lieferzeit 130
**Großwäscherei
Schorpp.**
Annahmestelle:
Witwe Holz
Wildbad, Wilhelmstr. 91

Reparaturen
an **Schuhwaren** werden bis **1. November keine mehr angenommen.**
Robert Hammer,
Schuhmachermstr.

Einfaches, braves
Mädchen
für kleinen Haushalt nach Stuttgart für sofort oder 1. Oktober gesucht. Kochen wird nicht verlangt.
Amt, 3. St. Villa Bägner
neben dem Deutschen Hof.

Hierher-
müssen Sie Ihre
Felle
senden und erhalten Sie die höchsten Preise vom **Marder** bis zum **Hirsch**.
Ankauf von Rehgeweihen Gerben von Fellen.
E. Mailshofer
Moderne Tierausstopferei
Pforzheim Lindenstr. 52
Telephon 1501.

Ein fleißiger, tüchtiger und sparsamer Arbeiter, mit etwas Vermögen, anfangs der 30er Jahre, wünscht in Wäde mit einem häuslichen und sparsamen **Mädchen** bekannt zu werden, zwecks

Heirat
Kriegerswitwe mit 1 Kind nicht ausgeschlossen. Etwas Vermögen erwünscht. Angebote an die Expedition ds. Bl. unter Nr. 691 erbeten.

**la. Dachpappe,
Eisenlack,** 204
**Parkettbodenwische
Schuhcreme**
empfehlen **Fr. Krauss,**
Hauptstr. 148 :: Wildbad.

Einen sprechenden
Papagei
mit Käfig, ebenso ein **Wachtelurmläufig** hat zu verkaufen **Mohrhard,** Bäcker 3. St. Cafe Becke.